

Dokumentation der Veranstaltung „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ des Parteivorstandes der LINKEN am 20.9.2007 in Berlin



Mit

**Malalai Joya
Matin Baraki
Oskar Lafontaine
Peter Strutynski
Reiner Braun**

Moderation: Christine Buchholz

Einleitung

Am 20.9.2007 richtete der Parteivorstand der LINKEN in Berlin eine Podiumsveranstaltung mit dem Titel „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ aus.

Der Termin war bewusst gewählt. Wenige Tage nach der bundesweiten Demonstration gegen den Afghanistaneinsatz am 15.9. und wenige Wochen vor der Verlängerung der Mandate für die Bundeswehreinsätze in Afghanistan.

Eingeladen hatten wir die afghanische Kriegsgegnerin und Frauenrechtlerin Malalai Joya, die auf Initiative der Linksfraktion in Deutschland war, den afghanisch-stämmigen Politikwissenschaftler Dr. Matin Baraki, den Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag, Peter Strutynski, Reiner Braun, Geschäftsführer der IALANA, die Teil der Kooperation für den Frieden ist, sowie den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Oskar Lafontaine.

Ziel war es, Informationen über die Situation in Afghanistan, Hintergründe des Krieges, Alternativen zum Krieg und Perspektiven der Friedensbewegung zu diskutieren.

Die Rednerinnen und Redner hielten jeweils Einleitungsbeiträge, es folgte eine kurze Frage- und Debattenrunde aus dem Publikum und eine Schlussrunde vom Podium.

Wir dokumentieren hier die Einleitungs- und Schlussbeiträge der Referentinnen und Referenten.

Die Fragerunde dokumentieren wir nicht im Detail. Es wurde gefragt, warum Malalai Joya nicht im Auswärtigen Ausschuss gehört wurde, was Imperialismus sei, wie die LINKE zu Militärbasen stehe, welche Aktionsformen die Friedensbewegung in Zukunft wählen sollte, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und was die Alternativen zu Krieg und Besatzung in Afghanistan seien. Die Referentinnen und Referenten beziehen sich auf diese Fragen in ihren Schlussworten.

Wir hoffen mit dieser Veranstaltung einen Beitrag zur Aufklärung über die Situation in Afghanistan und zur Verständigung mit der Friedensbewegung und Akteuren aus Afghanistan geleistet zu haben.

Über Rückmeldungen freuen wir uns (christine.buchholz@die-linke.de)

Christine Buchholz

Malalai Joya

Im Namen von Demokratie und Frieden

Liebe Freunde, zuallererst möchte ich der Fraktion der Linken und dem Deutschen Bundestag für die Einladung nach Deutschland zwecks Unterrichtung des deutschen Volkes über die derzeitige Tragödie in meinem weinenden Heimatland Afghanistan danken.

Vor sechs Jahren griffen die USA und ihre Verbündeten Afghanistan im Namen der Befreiung Afghanistans und der afghanischen Frauen an. Wochen nach dem Sturz des Taliban-Regimes erklärte Laura Bush stolz: „Dank unserer jüngsten Erfolge in den größten Teilen Afghanistans werden die Frauen nicht länger in ihren Häusern eingesperrt.“ Und vor wenigen Tagen äußerte Donald Rumsfeld in einem Interview: „In Afghanistan sind 28 Millionen Menschen frei.“

Ich bin hier, um Ihnen zu sagen, wie unehrlich und falsch eine solche Aussage vor dem Hintergrund des Bankrotts der amerikanischen Politik in Afghanistan ist.

Lassen Sie mich, anstatt zu detailliert auf die Frauenrechtskatastrophe in Afghanistan einzugehen, einige schockierende Beispiele nennen, die die schreckliche Lage der afghanischen Frauen deutlich machen:

- Die Zahl der Selbstmorde afghanischer Frauen infolge von Armut und fehlender Gerechtigkeit war in Afghanistan nie so hoch wie heute. In einem Krankenhaus in Herat gab es in sechs Monaten 46 Fälle von Selbstverbrennung;
- die 18jährige Samiya erhängte sich mit einem Strick, weil sie an einen 60jährigen Mann verkauft werden sollte. Eine andere Frau namens Bibi Gul schloss sich im Stall ein und verbrannte sich selbst. Ihre Familie fand später nur noch ihre Knochen;
- UNIFEM zufolge sehen 65 % der 50.000 Witwen in Kabul und Tausende von Frauen im ganzen Land Selbstmord als einzigen Ausweg aus ihrem Elend und ihrer Trostlosigkeit;
- über 95% der afghanischen Frauen sind depressiv;
- alle 28 Minuten stirbt in Afghanistan eine Frau bei der Entbindung;
- afghanische Frauen haben nur eine Lebenserwartung von 44 Jahren;
- Mädchen werden in Afghanistan wie eine Währung gehandelt und Zwangsehen sind üblich. Umfragen zufolge handelt es sich in 80 % aller Fälle um Zwangsverheiratungen;
- die 11jährige Sanobar wurde von einem Warlord entführt, vergewaltigt und dann gegen einen Hund eingetauscht; in der Provinz Badakhshan wurde eine andere Frau von 11 Kämpfern vergewaltigt; die 14jährige Fatima, ihre Mutter und die 11jährige Rahime wurden vergewaltigt ... und diese Liste ließe sich um Hunderte von Vorfällen ergänzen, die in der Regel nicht angezeigt werden;
- einer OXFAM-Studie zufolge besucht nur eines von fünf Mädchen die Grundschule und nur eines von 20 Mädchen weiterführende Schulen;
- am 17. Juni 2007 wurde im Bericht des amerikanischen Außenministeriums über Menschenhandel Afghanistan unter den Ländern aufgeführt, in denen der Frauen- und Kinderhandel zwecks sexueller Ausbeutung zunimmt.

Diese Liste zeigt nur die Spitze des Eisbergs hinsichtlich der derzeitigen katastrophalen Lage der afghanischen Frauen. Jede Art von Verbrechen und Brutalität wird gegen Frauen verübt; in ganz Afghanistan herrscht jedoch Straflosigkeit und niemand wird für solche Verbrechen verfolgt.

Zwar haben einige Frauen in Kabul und einigen Städten Zugang zu Bildung und Beschäftigung, die Lebensbedingungen der Frauen in den ländlichen Gegenden sind jedoch schlimmer denn je. Die westlichen Medien versuchen zu verbreiten, dass das Engagement der Amerikaner in Afghanistan den Frauen einige Rechte gebracht hat, die sie in der Geschichte Afghanistans nie genossen haben. Das ist aber falsch. Lassen Sie mich einen Teil eines Artikels der New York Times vom 8. November 1959 zitieren:

„Die Frauen Afghanistans heben den Schleier; eine neue Welt der Freiheit – sowohl geistiger als auch bekleidungsmäßiger Freiheit – wird den Frauen dieser muslimischen Nation nach Jahrhunderten abgeschiedenen Lebens eröffnet.“

Liebe Freunde, sechs Jahre nach den Angriffen auf Afghanistan unter der Führung der USA liegt unser verwüstetes Land noch immer in den Ketten der fundamentalistischen Warlords. Wie bewusstlos tut es seine letzten Atemzüge. Die Regierung Bush übergab die Macht an Menschen, die sich in der Vergangenheit als Mörder und Plünderer bewährt haben, und genauso finster, böse und grausam wie die Taliban sind.

Die westlichen Medien sprechen über Demokratie und die Befreiung Afghanistans, aber die USA und ihre Verbündeten fördern Warlords, Kriminalisierung und Drogenbarone in unserem verwundeten Land und haben durch ihre massiven Militäroperationen bisher Tausende unschuldiger Zivilisten getötet, ohne in ihrem Krieg gegen die brutalen Taliban wesentliche Fortschritte zu erzielen.

Die einzigen Bereiche in Afghanistan, in dem beispiellose Fortschritte zu verzeichnen sind, sind der Drogenanbau und –handel. Den VN zufolge produziert Afghanistan weltweit 93 % des Opiums, das seinen Weg leicht bis auf die Straßen von New York findet. Die Mail schrieb am 21. Juli 2007: „Die vier größten Akteure im Heroingeschäft sind allesamt ranghohe Mitglieder der afghanischen Regierung.“

Es wird Sie überraschen zu erfahren, dass General Daoud, der Leiter der Abteilung für Drogenbekämpfung im afghanischen Innenministerium, selbst ein berühmter Warlord und Drogenhändler ist. Und diese schmutzigen Drogengeschäfte nehmen zu, obwohl internationale Geber der afghanischen Regierung nahezu 100 Millionen Dollar für die Drogenbekämpfung zur Verfügung gestellt haben.

Eine Mafia ist an der Macht und wird vom Westen unterstützt. Vor wenigen Tagen erklärte der afghanische Bauminister Yousif Pashtun, Tausende Hektar Land seinen von mächtigen Männern besetzt worden und man könne nichts tun, da die Mafia daran beteiligt sei, und er nannte Qasim Fahin (ein Mitglied des Oberhauses, ehemaliger Stellvertreter von Karzai) als Kopf der Land-Mafia.

Unter solchen Umständen, d.h. wenn die Feinde des Volkes an der Macht sind, ist das Leben für die ganze Nation und vor allem die Frauen eine Qual. Die Menschen können die Situation nicht länger ertragen, und die Taliban und Nachbarländer wie der Iran, Pakistan und Russland etc. nutzen diese Lage aus.

Die Taliban führen weiterhin ihr faschistisches Regiment in den östlichen Teilen Afghanistans, wo die Regierung keine Kontrolle hat; sie nehmen öffentliche Hinrichtungen vor und entführen Menschen. Der Fall der 23 koreanischen Geiseln hat uns erst kürzlich gezeigt, wie mächtig die Taliban sind. Wieder wurden dieser terroristischen Bande für die

Freilassung der Geiseln 20 Millionen Dollar gezahlt, die sie gegen das afghanische Volk einsetzen werden.

Afghanistan hat in den letzten Jahren Milliarden Dollar an Hilfen erhalten, aber dieses Geld ist den Menschen nicht zugute gekommen. Ich will nur darauf hinweisen, dass noch immer nur 2 % der Afghanen Strom haben. Jüngsten Zahlen der von der Regierung geführten Unabhängigen Menschenrechtskommission Afghanistans zufolge leben 60 % der Afghanen mit einem Einkommen von nur 1 Dollar pro Tag unterhalb der Armutsgrenze.

Die sogenannten „freien Medien“ in Afghanistan werden von den Afghanen als weiterer Witz gesehen. Reporter werden im letzten Jahr zunehmend eingeschüchtert und schikaniert und das Parlament der Warlords versucht, auch die Freiheit der Presse einzuschränken.

Die afghanische Regierung ist die korrupteste und unpopulärste der Welt. Im März 2007 deckte eine Umfrage von Integrity Watch Afghanistan auf, dass etwa 60% der Afghanen denken, dass die derzeitige Regierung korrupter ist als jede andere in den beiden letzten Jahrzehnten.

Liebe Freunde, meine leidenden Mitmenschen wurden in den letzten sechs Jahren wahrhaft betrogen; die USA interessieren sich für das Leid und die katastrophalen Lebensbedingungen unseres Volkes nicht. Es liegt im strategischen und wirtschaftlichen Interesse der USA, die Afghanen in Gefahr zu bringen, solange dies ihren eigenen Interessen in der Region entspricht.

Leider wollen sich übrigen Verbündeten der USA einschließlich Deutschland nicht gegen die falschen Politiken der Amerikaner wenden und folgen der amerikanischen Regierung bedingungslos. Wenn irgendeine Regierung oder Institution wirklich Anteil an dem Leid und der katastrophalen Lage unserer Menschen nimmt, sollte sie den Mut haben, eine Politik gegen unsere fundamentalistischen Terrorbanden aller Art zu beschließen und Gruppen und Einzelpersonen unterstützen, die sich für die Demokratie und die Freiheit einsetzen.

Zweifellos braucht Afghanistan internationale Unterstützung, um auf der richtigen Weg zu gelangen und den eigenen Wiederaufbau zu beginnen, aber wir wollen keine Besetzung. Die Afghanen blicken auf eine lange Geschichte des Widerstands gegen ausländische Invasoren zurück. Heute stehen eindeutig Invasoren in Afghanistan und die ausländischen Truppen spielen mit dem Schicksal des afghanischen Volkes und opfern es für ihre eigenen Interessen.

Die Geschichte beweist, dass keine Nation eine andere befreien kann. Es ist die Pflicht unseres eigenen Volkes und liegt in seiner Verantwortung, für seine Freiheit zu kämpfen und Demokratie herbeizuführen. Die Menschen anderer Länder können uns dabei nur eine helfende Hand reichen, ganz nach der bekannten Redensart: „Niemand kann dir Freiheit geben, niemand kann dir Gleichheit oder Gerechtigkeit oder irgendetwas anderes geben. Wenn Du ein Mann bist, dann nimm sie dir.“

Eine Invasion durch ausländische Truppen ist keine Lösung für die katastrophale Lage in Afghanistan. Ein andauernder und bleibender Frieden kann durch die Anstrengungen unseres eigenen Volkes erzielt werden, selbst wenn es länger dauert.

In der derzeitigen Lage, in der die USA eine Gruppe von Mördern bewaffnet und an die Macht gebracht hat, könnte, wenn die ausländischen Truppen Afghanistan verlassen, wieder ein Bürgerkrieg in Afghanistan ausbrechen, da beide Seiten (die Taliban und die Regierungstruppen) voll bewaffnet sind und von ausländischen Staaten unterstützt werden. Aber ich denke, die Gefahr eines Bürgerkrieges kann so gering wie möglich gehalten werden, wenn sie ernsthaft die folgenden Punkte bedenken:

- Die Nordallianz muss von der Macht entfernt und gründlich entwaffnet werden, genauso wie der Warlord Ismael Khan vor ein paar Jahren entwaffnet wurde, und nicht durch Verfahren wie DDR und DIAG, die seltsam und nutzlos sind.
- Die internationale Gemeinschaft und die VN müssen Länder wie Pakistan, Iran, Russland, Usbekistan etc. genau beobachten und davon abhalten, den Taliban oder der Nordallianz Waffen und Unterstützung zukommen zu lassen.
- Sie müssen die demokratisch gesinnten Kräfte und Einzelpersonen in Afghanistan, die jahrzehntelang unterdrückt wurden, ermutigen und unterstützen, damit sie als eine Alternative für Afghanistan auf den Plan treten können.

Viele Afghanen denken, dass die USA den gegenwärtigen Zustand in Afghanistan erhalten möchten, um ihre lange Präsenz in der Region zu rechtfertigen und Afghanistan zu ihrer Basis für die Überwachung und Kontrolle der zentralasiatischen Republiken, Chinas, des Iran und anderer asiatischer Mächte zu machen.

Ich denke, wenn diese Truppen nicht freiwillig abziehen, dann werden sie sich in der Zukunft mit dem Widerstand des afghanischen Volks konfrontiert sehen. Momentan ist die amerikafeindliche Stimmung sehr ausgeprägt, da unsere Menschen durch die langen Jahre des Konflikts politisches Bewusstsein erworben haben. Sie wissen dass die USA für die gegenwärtige Tragödie in Afghanistan verantwortlich sind.

Ich möchte nachdrücklich betonen, dass die Lage in Afghanistan und die Lebensbedingungen seiner vom Unglück verfolgten Frauen sich nie zum Positiven wenden werden, so lange die Warlords nicht entwaffnet und sowohl die amerikafreundlichen als auch die amerikafeindlichen Terroristen von der politischen Bühne in Afghanistan entfernt wurden.

Die freiheitsliebenden und demokratisch gesinnten Gruppen und Einzelpersonen Afghanistans werden unterdrückt und von keiner Seite unterstützt; daher sind sie jetzt sehr schwach. Zwar haben nach meiner Überzeugung die Feinde meines Volkes die Waffen, die politische Macht und die Unterstützung der US-Regierung, um mich zu unterdrücken, sie können mich aber niemals zum Schweigen bringen und die Wahrheit verbergen.

Die friedensliebenden Menschen und die Institutionen in Deutschland müssen die Fakten erkennen und die demokratisch gesinnten und friedensliebenden Gruppen und Einzelpersonen Afghanistans, die in der Lage wären, Terrorismus und Fundamentalismus die Stirn zu bieten und sie zu bekämpfen, unterstützen und stärken. Ihre Solidarität und Unterstützung stärken meine Entschlossenheit, die Feinde von Demokratie und Menschlichkeit in meinem verwüsteten Afghanistan zu bekämpfen.

Die Fundamentalisten wollen mich vernichten; ich glaube aber an das Wort des freiheitsliebenden iranischen Schriftstellers Samad Behrangi: "Der Tod kann mich jetzt sehr leicht holen, doch solange ich leben kann, darf ich mich nicht von selbst in seine Arme stürzen. Sollte ich ihm jedoch eines Tages begegnen, was ganz bestimmt der Fall sein wird, dann ist es nicht wichtig. Wichtig allein ist, welchen Wert mein Leben oder mein Tod für das Leben hat ..."

Vielen Dank.

Schlusswort:

Zunächst möchte ich mich für Eure Unterstützung für mich und mein Volk bedanken. Bevor ich auf die Frage nach der Lösung für Afghanistan eingehe, muss ich über die Situation in Afghanistan und die Rolle der Truppen sprechen. Die Afghanen haben es jetzt mit zwei

Feinden zu tun: Mit den Mördern von der Nordallianz und mit den Taliban, die täglich stärker werden, weil die Regierung keine Unterstützung im Volk hat. Die ausländischen Truppen haben den Frauen überhaupt keine Befreiung gebracht. Ein menschenwürdiges Leben ist nicht möglich. Die Rede von der Demokratisierung und der Bekämpfung des Terrorismus ist blanker Hohn. Da einige terroristische Gruppen wie die Nordallianz unterstützt werden, um gegen andere terroristische Gruppen wie die Taliban zu kämpfen, kann nicht von einem Kampf gegen den Terrorismus gesprochen werden. Die USA behaupten, ihre Bomben würden Taliban-Kämpfer treffen. Tatsächlich sterben in erster Linie Unschuldige, darunter viele Kinder. Gerade in diesen Tagen haben viele demokratische und friedensliebende Amerikaner die Verhöhnung der Demokratie durch die USA bloßgestellt. Ich möchte auf die Website von Professor Marc (<http://pubpages.unh.edu/~mwherold/memorial.htm>) hinweisen, der nachgewiesen hat, dass in den letzten sechs Jahren tausende Afghanen getötet wurden, was sowohl die Tragödie des 11. September als auch die Zahl der Opfer des Taliban-Regimes übertrifft. Vor drei Jahren hat ein englischer General gesagt, die Truppen müssten den Kampf gegen die Taliban noch 36 Jahre lang führen. Es ist nicht notwendig, die Taliban weiter zu bekämpfen. Die Herrschaft der Taliban ist zerstört worden. Jetzt sterben Unschuldige. Es geht nicht mehr um Befreiung, sondern um Besatzung.

Die USA wollen, dass die Situation so bleibt, wie sie ist. Sie haben kein Interesse an Sicherheit in Afghanistan. Sie wollen der demokratischen Bewegung keine Chance geben, weil sie ihre eigene Strategie in Afghanistan haben. Sie möchten aufgrund ihrer eigenen Interessen länger in Afghanistan bleiben. Es geht ihnen nicht um Demokratie, Menschen- und Frauenrechte. Die Situation im Irak und in Afghanistan zeigt dies deutlich. Für die Lösung der Krise kann ich unseren deutschen Freunden drei Optionen nennen.

Sie können Druck auf ihre Regierungen ausüben, dass sie ihre Politik ändern. Sie dürfen nicht den USA folgen, deren Politik eine Verhöhnung von Demokratie und Kampf gegen den Terror darstellt.

Das Zweite ist, wirklich friedensliebende und demokratische afghanische Kräfte zu unterstützen, die keinerlei Unterstützung bekommen. Viele von ihnen, oft sehr gut ausgebildet, leben im Ausland, das gilt jedoch auch für die Kräfte in Afghanistan. Die dritte Option ist, dass Sie Druck ausüben müssen auf die Nachbarstaaten Afghanistans, wie Iran, Pakistan und Russland, die ihre eigenen Marionetten in Afghanistan haben, und ihre eigene Afghanistan-Politik betreiben und auch kein Interesse an einer Verbesserung der Sicherheitslage, der Situation der Menschen, speziell der Frauen haben. Diese Länder unterstützen Taliban und Nordallianz massiv.

Im Moment ist jeder Tag wie ein 11. September für mein Volk. Wenn die USA und auch die europäischen Länder mit Truppen in Afghanistan dieser falschen Politik folgen, wenn sie nicht unabhängig von den USA handeln, wird morgen ein weiterer 11. September geschehen. Wenn wir keine Sicherheit haben, wie können wir dann von Demokratie, von Frauen- und Menschenrechten reden? Wenn wir keine Unterstützung bekommen, wird ein neuer Bürgerkrieg in Afghanistan ausbrechen. Zum Schluss möchte ich sagen: Wir wollen Befreiung. Wir wollen keine Besatzung. Wer die Befreiung um der Sicherheit willen opfert, der verdient weder Befreiung noch Sicherheit. Vielen Dank.

mj@malalaijoya.com
www.malalaijoya.com

Matin Baraki

Die Abkürzung ISAF steht für International Security Assistance Force, zu Deutsch: Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe. ISAF bedeutet Schutztruppe und das ist ein kolonialer Begriff. Auf dem Petersberg in Bonn wurde 2001 noch während des Krieges unter der Schirmherrschaft der UNO eine Konferenz einberufen. Eingeladen wurden vier Delegationen. Drei bestanden aus ehemaligen Kriegsherren, Mudschahedin und Kriegsverbrechern. Eine war eine monarchistische Gruppe. Es wurde eine Regierung geschaffen, die nach Kabul gebracht werden musste. Das geschah durch die Schutztruppe ISAF im Auftrag der Vereinten Nationen.

Die ISAF hatte nur die Aufgabe, die Regierung in Kabul zu schützen. Aber die NATO hat sich vorgestellt, dass aus Kabulistan Afghanistan werden sollte, sich unter dem Mantel der so genannten Wiederaufbauteams (PRT) wie ein Krebsgeschwür in Afghanistan ausgebreitet und so das ganze Land militärisch besetzt.

ISAF wurde 2004 auf einer NATO-Tagung in Istanbul abgeschafft. Dort wurde beschlossen, dass ISAF von da an unter dem Oberkommando der NATO steht. Also ist der Oberkommandierende der ISAF ein NATO-General.

ISAF existiert in der 2001 beschlossenen Form nicht mehr, sondern ist ein Etikettenschwindel. Die Regierung und Grüne operieren mit einer ISAF, die es nicht mehr gibt. So lassen die Grünen sich ein Hintertürchen offen, um das Militäringagement der Bundesrepublik Deutschlands zu rechtfertigen.

Es wird immer von Wiederaufbau gesprochen. In Afghanistan fragen mich die Leute: „480 Milliarden US-Dollar wurden auf der Geberkonferenz 2002 in Tokio versprochen. Wir sehen nicht, wo das Geld geblieben ist.“

Das Geld ist auf einem Sonderkonto der Weltbank geparkt. Nur Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben Zugang dazu. Wenn sie ein Wiederaufbauprojekt oder -programm durchführen wollen, können sie Geld bekommen und es an Firmen, Geschäftsleute oder Organisationen in den eigenen Ländern weitergeben.

Die afghanischen mittelständischen Unternehmen bekommen gar keine Aufträge. So haben einige von ihnen beschlossen, sich beim afghanischen Planungsminister als NGO anzumelden, um Aufträge bekommen zu können.

Vor zwei Jahren wurde ein engagierter Afghane auf Intervention der Franzosen nach Kabul geschickt. Sein Name ist Bashardust und er wurde Planungsminister in Afghanistan. Er sagte: „Die NGOs sind die zweite El Kaida Afghanistans.“ Und: „Ich als Planungsminister habe die Aufgabe, die Arbeit der NGOs zu kontrollieren.“

Er lud die NGOs zu sich ein, um sich ihre Auftragsbücher vorlegen zu lassen. Als er das beschlossen hatte, wurde er sofort von Präsident Hamid Karsai entlassen. Hier kommen die Bedeutung und Macht dieser NGOs deutlich zum Ausdruck.

Wir kennen das aus dem Kontext des Krieges gegen den Irak. Colin Powell, ehemaliger Außenminister der USA, sagte: „NGOs sind Bestandteil unserer Strategie.“ Also: Wir führen Krieg und sie fegen die Scherben zusammen.

Die NGOs in Afghanistan leben in Luxus und haben in den besten Teilen Kabuls Häuser, die zwischen 8.000 und 10.000 Dollar Miete monatlich kosten. Die Frage, die mir in Afghanistan immer gestellt wird, lautet: „Wohin fließen die Gelder denn?“

Von einem Wiederaufbau, der der Mehrheit der Afghanen zugute kommt, kann keine Rede sein. Es wird nur da wieder aufgebaut, wo die Kriegsherren herrschen. Um ihnen Gutes zu tun, baut oder repariert man hier eine Straße und dort eine Schule.

In Afghanistan sind nach den jüngsten Statistiken etwa 50 Prozent, im Süden und Südosten sogar 70 Prozent der Bevölkerung arbeitslos. Selbst Großgrundbesitzer, die vorher keinen Schlafmohn angebaut haben, sind gezwungen, Schlafmohn anzubauen, um Arbeit für ihre Landwirtschaft zu haben. Ich habe Großgrundbesitzer gefragt, warum sie Schlafmohn anbauen und sie haben mir gesagt, dass sie sonst keine Arbeiter bezahlen können.

In Afghanistan wurde vor dem Krieg und der Präsenz der NATO nur in den Provinzen an der afghanisch-pakistanischen Grenze Schlafmohn angebaut. Seitdem die NATO da ist, wird in

fast allen der 32 Provinzen Schlafmohn angebaut. Afghanistan hat jedes Jahr eine neue Rekorderte. Für 2007 werden 8200 Tonnen Rohopium erwartet.

Der afghanische Finanzminister, der erster Finanzminister nach Petersberg, ein US-Staatsbürger, sagte: „Afghanistan ist ein Drogenmafiastaat.“ Wenn das ein Minister in Deutschland sagen würde, kann man sich vorstellen, wie die Menschen darauf reagieren würden.

Einer der vielen Brüder von Karsai ist Präsident des Rates der Provinz Kandahar. Er kassiert jedes Jahr 20 Millionen US-Dollar Schutzgeld von den Drogenhändlern. Der Staatssekretär im afghanischen Innenministerium ist zuständig für Drogenbekämpfung und seine ganze Familie betreibt Drogengeschäfte. So sehen die Verhältnisse in Afghanistan aus, was Drogen angeht.

Gibt es eine Alternative zur militärischen Lösung?

Die Geschichte hat gezeigt, dass es eine militärische Lösung für Afghanistan nicht geben kann. Die Briten haben im 19. Jahrhundert Afghanistan zweimal komplett besetzt, sie wurden vernichtend geschlagen und mussten das Land verlassen. Im 20. Jahrhundert haben Briten und andere Europäer vergeblich versucht, Afghanistan zu beherrschen. Die Briten mussten 1919 die Unabhängigkeit Afghanistans anerkennen. Nach 1979 hat die Sowjetunion militärisch interveniert und es mit 100.000 Mann nicht geschafft, den Konflikt militärisch zu lösen.

Heute stehen wir vor derselben Frage. Heute können weder die USA, noch die NATO, noch die Bundeswehr mit militärischen Mitteln diesen Konflikt lösen. Im Gegenteil: Sie sind Teil des Problems. Das Verhältnis von Militärausgaben zu Wiederaufbau steht 1:900. Wenn ein Euro für den so genannten Wiederaufbau ausgegeben wird, werden 900 Euro für den Krieg verpulvert.

Afghanistan wird nicht weiter aufgebaut, sondern weiter zerstört. Die USA und NATO bombardieren inzwischen flächendeckend Städte und Dörfer. Der Krieg hat keine Perspektive außer weitere Zerstörung.

Aber es gibt nichtmilitärische Lösungen. Das Erste wäre, dass das afghanische Volk gefragt wird und dass demokratische Wahlen durchgeführt werden. Die Bevölkerung muss ihre Vertreterinnen und Vertreter selber wählen, die können nicht auf dem Petersberg zusammengestellt werden.

Die jetzige afghanische Regierung besteht zu mehr als der Hälfte aus Amerikoafghanen, also Afghanen, die einen US-Pass haben, und der Rest sind Euroafghanen. Es gibt nur drei Kriegsherren, die Afghanen sind: der erste und der zweite Stellvertreter von Karsai und der Energieminister. Diese Regierung ist eine fremde Regierung, die nicht von der Bevölkerung akzeptiert und respektiert wird.

Solange sie an der Macht ist, werden der Krieg und der Widerstand nicht aufhören. Der Widerstand gewinnt an Breite und Unterstützung, die Bevölkerung wird weiter gegen die Besatzung kämpfen.

Schlusswort:

Es wurde von Schulen und Wiederaufbau geredet. Die Politiker, die hier von Schulen reden, haben noch keine Schule in Afghanistan von innen gesehen. Die Schulen in Afghanistan heute unterscheiden sich kaum von Koranschulen.

Die Leute, mit denen die NATO paktiert, besteht aus den Gruppen, die unsere Freiheit geraubt, unsere Kinder und Frauen ermordet und unsere Schulen zerstört haben. Sie waren für die USA lange Zeit Freiheitskämpfer. Dann haben sie sich umgedreht, wie scharfe Hunde ihre eigenen Herren gebissen und nun sind sie auf einmal Terroristen.

Ein großes Problem werden die Anti-Personen-Minen sein. In älteren Angaben wurde von 10 Millionen Minen gesprochen. Die USA haben Streubomben geworfen, die nicht alle explodiert sind und faktisch mit Antipersonenminen vergleichbar sind. Experten schätzen,

dass es bei dem jetzigen Tempo und der jetzigen Kapazität 400 Jahre dauern wird, bis Afghanistan frei von Minen ist.

Vor den Parlamentswahlen hat Karsai eine sogenannte nationale Konferenz eingeladen – das waren 90 Personen - seine Entourage -, die ihn wunschgemäß beauftragt haben, einen Vertrag mit den USA zu schließen, der ihnen erlaubt, 99 Jahre im Land zu bleiben. Das Parlament ist so umgegangen worden.

Nochmal zur Alternative: Die Bundeswehr kann sofort abgezogen werden, sie hat keinerlei Relevanz für die Sicherheit Afghanistans, sondern nur für die strategischen Interessen Deutschlands. Mein Vorschlag wäre, dass eine neue Regierung demokratisch gewählt wird, die Sicherheit durch die nichtpaktgebundenen Staaten und durch die Konferenz der islamischen Staaten gewährleistet wird. Die NATO kann sofort aus Afghanistan raus.

Peter Strutynski

Lasst mich zunächst meine Verwunderung darüber ausdrücken, dass die Medien, auf die wir ja auch immer angewiesen sind, dass insbesondere die großen Tageszeitungen es nicht für nötig gefunden haben über die beindruckende Demonstration vom 15.9. auch nur ein Sterbenswörtchen zu berichten. Wenn irgendwo in der Welt etwas passiert, wenn Menschenrechte verletzt werden, wenn es zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, und die Friedensbewegung nicht gleich mit Massen auf der Straße zu finden ist, fragen Medienvertreter stereotyp: „Wo bleibt denn da die Friedensbewegung?“ Nun, im Fall Afghanistan hat die Friedensbewegung etwas getan und tut es andauernd. So müssen wir eigentlich die Frage zurückgeben: „Wo bleiben denn die Medien, wo bleibt die Presse? Sie hätte die Möglichkeit, über unsere Aktionen und Argumente zu berichten. Sie tut es nicht. Das heißt es müssen bestimmte Gründe vorliegen dafür, dass sie es nicht tut.“

Ich hätte mir gewünscht, dass vieles von dem was, Malalai hier berichtet hat, und auch das, was Martin Baraki häufig in Vortragsveranstaltungen und Zeitschriften berichtet, auch von den Medien aufgegriffen wird, um diese einseitige Berichterstattung, um nicht zu sagen: dieses Lügengeflecht, das um Afghanistan aufgebaut wurde, zu durchbrechen und endlich über die wirklichen Verhältnisse in dem Land zu informieren.

Da sie das nicht tut, sind wir auf solche Veranstaltungen wie der heutigen angewiesen, wofür ich sehr dankbar bin. Um in die Bevölkerung und in die Parteien hineinzuwirken, brauchen wir wie mehr solcher Informationen, mehr solcher und anderer Veranstaltungen.

Dabei ist es ja durchaus so, dass die Menschen hier zu Lande diesen Krieg überwiegend ablehnen. Dass die Mehrheit der Bevölkerung, etwa 60 oder – je nach Umfrage - mehr als 60 Prozent dafür sind, dass die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Aber die Motive in der Bevölkerung sind sehr unterschiedlich. Es gibt zweifellos viele Menschen, die sagen: „Ach, was geht uns das an, wir haben doch selbst genug Probleme hier bei uns, was interessiert uns da Afghanistan?“ Das ist ein Standpunkt, der Linken fremd ist, ein Standpunkt den Intellektuelle nicht teilen, weil sie durchaus eine globale Verantwortung haben und in globalen Zusammenhängen denken.

Mit anderen Worten: Ein Ansatz, der sagt, wir haben eine Verantwortung für Afghanistan und wir müssen und wollen dort helfen, dass sich etwas zum Guten wendet, das ist ein nobler und ehrenwerter Ansatz. Nur darf er nicht verbunden werden mit der Annahme, man könne nur helfen, wenn man gleichzeitig Militär dorthin schickt. Denn alles was Malalai hier gesagt hat, alles was Martin Baraki immer wieder „predigt“, und alles, was wir unabhängigen Quellen aus Afghanistan entnehmen können, läuft darauf hinaus, dass militärischer Schutz für humanitäre Hilfe nicht funktioniert, nie funktioniert hat und auch gar nicht funktionieren kann.

Ich möchte ein Beispiel nennen. Die Bundesregierung brüstet sich damit, dass mit ihrer Hilfe in den vergangenen sechs Jahren über 300 Schulen in Afghanistan errichtet worden seien. Und es wird behauptet, ohne militärischen Schutz seien diese und andere Aufbauprojekte nicht möglich gewesen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wenn man die humanitären Organisationen fragt, ob das Militär ein Schutz ist, dann werden wir von allen, angefangen von Caritas International, über das Deutsche Rote Kreuz, die Kinderhilfe Afghanistan, medico international bis zur Welthungerhilfe, zur Antwort erhalten: Nein, wir können nur da Hilfe leisten, wo das Militär nicht ist. Und sogar die Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul hat vor drei oder vier Wochen in einem ZEIT-Interview gesagt (ich zitiere sinngemäß), es wäre nicht gut, wenn wir hinter jeden Aufbauhelfer einen Soldaten mit einem Gewehr stellen würden. Weil sonst wäre diese Hilfe gefährdet. Es ist ganz klar, dass die Helfer, die sich auf das Militär stützen, mit den Besatzern in einen Topf geworfen werden und ins Visier der gegnerischen Kräfte geraten.

Ein zweites Beispiel wie sich diese scheinbare Hilfe in ihr Gegenteil verkehrt, ist die Polizeiausbildung. 60 % der von Deutschland ausgebildeten Polizisten in Afghanistan laufen auf die andere Seite über. Die desertieren und schließen sich den Taliban an. Das berichtete vor kurzem ein deutscher General im Hamburger Abendblatt. Man kann also mit Fug und

Recht behaupten, die Bundesregierung bildet Terroristen aus. Die Bundesregierung sorgt mit ihrer Hilfe dafür, dass die Terroristen Zulauf bekommen.

Aber das alles weiß die Bundesregierung auch, die ist ja nicht blöd. Jeder kann das wissen, auch die Presse weiß über diese Zusammenhänge. Warum setzen sie trotzdem weiter auf das Militär, auf die NATO und auf den Krieg?

Es geht und ging ihnen in diesem Konflikt niemals um humanitäre Hilfe, es ging ihnen niemals wirklich darum, dass die Mädchen und Frauen zu ihrem Recht kommen. Es ging nie um Menschenrechte oder darum, dass Demokratie aufgebaut werde.

Vielmehr geht es darum, dass Afghanistan ein Drehkreuz in der Globalstrategie der USA, aber auch des übrigen Nato-Westens und damit auch der Bundesregierung ist. Afghanistan ist so etwas wie ein terrestrischer Flugzeugträger für den Westen. Die geostrategische Rolle Afghanistans erschließt sich daraus, dass es sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber China, dem künftigen großen Rivalen der USA und EU-Europas, und auch gegenüber Indien, einem weiteren zukünftigen Rivalen, im Zentrum liegt. Es gibt zudem noch eine energiepolitische Erklärung. Der Westen will auf Teufel komm raus verhindern, dass das Öl und Gas aus der kaspischen Region, den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien, nicht über Russland in den Westen, sondern über Afghanistan und Pakistan an den Indischen Ozean transportiert wird. Damit wären diese Transportwege der russischen Kontrolle entzogen. Letztlich geht es also auch hier um die Stillung des unermesslichen Hungers des Westens nach fossilen Energien.

Das Afghanistan-Abenteuer wird unweigerlich in einem militärischen Desaster enden. Die Irakisierung Afghanistans schreitet jedenfalls munter voran. Mit jeder Erhöhung der Truppen von ISAF hat sich der Widerstand gegen ISAF erhöht, ist die Lage im Land instabiler geworden, was wiederum Überlegungen provoziert, weitere Truppen zu entsenden.

Das heißt, die Positionen der Bundesregierung - und leider auch die der Grünen, die auf ihrem Parteitag zwar gesagt haben, wir stimmen dem ISAF-Einsatz nicht zu, weil auch der Tornados in ihm inbegriffen sind, ISAF selbst würden wir sonst gern zustimmen -, diese Positionen tragen letztendlich dazu bei, die imperialen Ansprüche und Interessen der Bundesrepublik in dieser fernen Region „am Hindukusch zu verteidigen“. Aber nicht wir oder unsere Freiheit oder unsere Werte werden dort verteidigt, und schon gar nicht wird das afghanische Volk verteidigt.

Wir sollten die Bundesregierung daran erinnern, dass es keinen Sinn macht, zivilgesellschaftliche Strukturen in anderen Ländern mit Militär aufbauen zu wollen. Wenn man das tut, verlieren wir selbst den Charakter einer Zivilgesellschaft, dann ist die Bundesrepublik dabei sich zu militarisieren.

Unsere politischen Ziele sind unter anderem, dass die Bundesrepublik zum Völkerrecht zurückkehrt und damit auch zur Einhaltung des Grundgesetzes. Artikel 26 GG z.B. verbietet Angriffskriege, in Art 87a heißt es, die Bundeswehr stelle Streitkräfte „ausschließlich zur Verteidigung auf“. Vom Hindukusch ist da nicht die Rede.

Darauf müssen wir die Bundesregierung und die Abgeordneten wieder verpflichten. Früher gab es einmal einen Innenminister, Hermann Höcherl, der gesagt hat er könne ja nicht immer „mit dem Grundgesetz unter dem Arm“ herumlaufen. Ich verlange ja nicht, dass man das Grundgesetz unter dem Arm trägt, sondern dass man es im Kopf hat.

Und noch ein Wort zu den Aktionsformen: Die Friedensbewegung ist eine aufklärerische Bewegung. Sie sitzt nicht im Bundestag. Wir sind froh, dass wir mit der LINKEN einen parlamentarischen Arm in dieser Frage haben, das hatten wir ja nicht immer. Aber wir machen die Politik nicht in den Institutionen. Wir sind eine außerparlamentarische Bewegung. Alles was wir tun, dient der Aufklärung der Bevölkerung, um über diesen Weg den Druck auf die Institutionen zu erhöhen, damit dort passiert, was wir wollen. Um das zu erreichen sind mir alle gewaltfreien Widerstandsformen lieb und teuer. Eine „Eskalation“ der Widerstandsformen, wie sie hier in der Diskussion angesprochen wurde, muss mit der

Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung Schritt halten, diese Widerstandsformen auch mitzutragen.

Oskar Lafontaine

Ich will versuchen, unsere Sicht der Dinge darzustellen. Im Grunde genommen gleichen sich die Debatten immer wieder. Wir tragen unseren Standpunkt vor, die anderen reagieren aggressiv und sehr unsachlich.

Wir haben begonnen, bei der Afghanistan-Debatte die Frage aufzuwerfen, was wollt ihr da eigentlich. Sie haben ja gesagt, in Afghanistan müssen wir den Kampf gegen den Terrorismus führen. Das ist das, was immer wieder gesagt wird. So hat Afghanistan begonnen, weil dort die Camps gewesen sein sollen, von denen aus die Attentäter ausgebildet worden sind. Und unsere Gegenfrage war: Was ist eigentlich Terrorismus? Wenn ihr also Terrorismus bekämpfen wollt, so haben wir im Bundestag immer wieder gesagt, bitte sagt uns, was ihr unter Terrorismus versteht. Und das Interessante war, dass die Regierenden und die Oppositionsparteien mit Ausnahme der Linken nie eine Antwort gegeben haben. Frau Merkel blätterte immer nervös in ihren Unterlagen oder lief raus, wenn wir diese Fragen gestellt haben. Wir haben gesagt, Frau Bundeskanzlerin, Sie möchten den Terrorismus bekämpfen, bitte sagen Sie der Bevölkerung, was das ist. Und dann gab es dann diese unfreiwillige, jetzt sage ich mal, komische Situation, dass sie eine Antiterrordatei beschlossen haben. Da haben sie rein geschrieben: Terrorismus ist die rechtswidrige Anwendung von Gewalt, um politische Belange durchzusetzen. Dann sind wir hingegangen, haben das vorgelesen und haben gesagt, nach dieser Definition sind also die Bündnispartner, die dort tätig sind, allen voran Amerika, England usw. alles Terroristen, denn sie üben rechtswidrig Gewalt aus, um politische Belange durchzusetzen. Und das gilt ja nicht nur für den Afghanistan-Krieg, sondern das gilt auch für den Irak-Krieg, an dem Deutschland rechtswidrig teilnimmt. Das hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt.

Und deshalb möchte ich fragen, warum Minister Jung nichts passiert. Der Rechtsbruch ist zur Grundlage der deutschen Außenpolitik geworden. Das ist eine Tatsache. Wir sagen das auch immer wieder unwidersprochen. Es stört sie gar nicht. Deshalb kann also ein Verteidigungsminister schwadronieren „mich stört das Verfassungsgericht nicht, wir schießen die entführten Flugzeuge einfach ab“. Und wenn wir sagen, „Sie haben doch vom Verwaltungsgericht gesagt bekommen, dass Sie das Völkerrecht brechen im Irak-Krieg“, sitzt die Kanzlerin da und lächelt.

Wir fordern dagegen eine Außenpolitik, die wieder zu den besten Traditionen der deutschen Außenpolitik zurückkehrt, das war die Zeit Willy Brandts. Damals stand im Vordergrund: Gewaltverzicht und Beachtung des Völkerrechts. Das ist das außenpolitische Konzept der Linken: Gewaltverzicht und Achtung des Völkerrechts. Wenn wir uns darauf einlassen würden, dann würden wir eine ganz und gar andere Außenpolitik machen.

Man könnte eine unglaubliche Entwicklung einleiten, wenn man nur einen Bruchteil dieser Milliarden, die für die Zerstörung eingesetzt werden, für den Aufbau dieser Länder und Regionen verwenden würde. Das zeigt die Unglaubwürdigkeit. Das gilt auch für über 90 Prozent der Journalisten. Sie reden alle über Terrorismus, wissen überhaupt nicht was das ist. Ich habe gestern Abend in einer größeren Gesprächsrunde gesagt, jetzt haben Sie schon so oft Terrorismus gesagt, sagen Sie mal bitte, was Sie drunter verstehen. Sofort hat die Leiterin der Diskussion das Wort ergriffen und gesagt: „Wir sind da, um Sie zu fragen und nicht umgekehrt.“

Die zweite Frage ist: was wollen dort die Vereinigten Staaten. Da gab es einen bemerkenswerten und entscheidenden Satz des amerikanischen Historikers Fritz Stern, ein Jude. Er hat gesagt: Amerika, die USA, sind eine christlich-fundamentalistisch verbrämte Plutokratie. Das war jetzt nicht irgendein linker Spinner, sondern ein renommierter, anerkannter Historiker, der in den Vereinigten Staaten lebt. Er wagt es, eine schlichte Wahrheit auszusprechen, dass die USA nicht eine Friedensmacht sind, sondern eine Plutokratie, die darauf aus ist, ihren Reichtum zu mehren und deshalb imperialistische Kriege führt, nichts anderes. Und von dieser Erkenntnis ausgehend bewerten wir also die militärische Operation im Nahen Osten und den Irak-Krieg genauso wie den Afghanistan-Krieg letztendlich als imperialistische Kriege zur Sicherung der Rohstoffquellen. Das heißt in diesem Fall der Rohstoffquellen um das Kaspische Meer und der strategischen Sicherung

der Verwertung dieser Rohstoffe. Das ist unsere Analyse. Und wie gesagt, da brauchen wir uns gar nicht irgendwie noch großartig auf die Linke zu beziehen oder auf unsere Wurzeln, wir können also schlicht und einfach Stimmen benennen, die jetzt wie Fritz Stern ganz schlicht und ganz einfach die Lage klären.

Das heißt aber, wenn wir an der Spitze der Operation eine Macht haben, die Vereinigten Staaten von Amerika, die eine Plutokratie sind, die imperialistische Kriege führen und die sagen, „uns interessiert das Völkerrecht gar nicht, uns interessiert die UNO gar nicht“, das sagen sie ja immer wieder, dann weiß man, dass man im Bündnis mit einer solchen Macht überhaupt niemals eine Friedenspolitik machen kann.

Und das ist der Kardinalfehler der deutschen Außenpolitik. Und deshalb ist es so bedauerlich, dass mit Ausnahme der Fraktion Die Linke, die anderen Fraktionen schlicht und einfach im Fahrwasser dieser Betrachtungsweise sind und dass sie dann sagen, es ginge dort um Freiheit und Demokratie, um die Frauen usw..

Gregor Gysi hat heute gesagt, um sie zu provozieren: „Zu Zeiten der Sowjetunion war es auch so, dass gesagt wurde ‚als die Sowjetunion dort Besatzungsmacht war, konnten auch noch mehr Mädchen in die Schule gehen.‘ Aber die Afghanen lehnen Besatzer ab und das gilt auch jetzt für die Soldaten, die da sind. Etwas anderes zu behaupten ist schlicht reine Heuchelei.

Wenn man jemand dort haben will, um Schulen aufzubauen oder um Krankenhäuser zu bauen oder was auch immer, dann kann man meinetwegen das Technische Hilfswerk hinschicken oder irgendwelche anderen Organisationen, aber man muss nicht Militär dort hinschicken. Das ganze ist einfach eine Lüge und deshalb bin ich dankbar, dass diejenigen, hier auf dem Podium, die es besser wissen als wir, gesagt haben, wie ihre Sicht der Dinge ist und das ist der Sinn solcher Zusammenkünfte.

Man hört dann von ihnen, wie sie die Lage in Afghanistan beurteilen und das deckt sich dann mit den Vermutungen, die jeder haben muss, der die politischen Triebkräfte analysiert, die hier wirken. Und deshalb werden wir als Fraktion Die Linke immer wieder darauf drängen, die friedliche Zusammenarbeit mit Afghanistan zu suchen, besonders mit den Anrainerstaaten. Die Mittel für den Wiederaufbau sind aufzustocken, aber um Himmels willen das Militär abzuziehen, weil wir der festen Überzeugung sind, solange dort Militär ist, verstricken wir uns in terroristische Aktion.

Fragt sich doch jeder mal ganz einfach: Wie würde ein deutscher Bürger, wie würden die Kinder der Bundestagsabgeordneten reagieren, wenn durch eine andere Macht Hochzeitsgesellschaften und Taufgesellschaften bombardiert oder Verwandte, die auf den Feldern friedlich arbeiten, getötet würden. Was täten sie dann? Aber eine solche Frage überfordert die vorgeprägte Meinung der deutschen Öffentlichkeit. Und deswegen sagen wir, wer den Terrorismus bekämpfen will, der muss aufhören, sich selbst mittelbar oder direkt terroristischer Handlungen schuldig zu machen.

Schlusswort:

Warum ist Malalai Joya nicht im auswärtigen Ausschuss gehört worden? Die Frage beantwortet sich relativ einfach, weil sie eben eine Meinung vertritt, die sich nicht deckt mit der vorgefassten Meinung der Mehrheit der Abgeordneten und daher ist also die Neigung, ihr zuzuhören, nicht groß. Aber vielleicht wäre es sinnvoll zu beantragen, dass die Abgeordneten ihre Redezeiten im Bundestag auch mal anderen zur Verfügung stellen könnten. Ich würde das gerne tun, um Malalai Joya mal im Bundestag sprechen zu lassen. Das wäre wirklich mal eine Parlamentsreform, die man so gar nicht erwartet. Weil im Grunde genommen, im Bundestag nicht mehr argumentiert wird, sondern vorgefasste Standpunkte vorgetragen werden, die die anderen nicht mehr bewegen.

Die Frage, was ist Imperialismus, ist in diesem Zusammenhang einfach zu beantworten. Imperialismus ist die Eroberung von Rohstoffquellen fremder Länder mit militärischen Mitteln. Die Definition ist auch sehr klar und sehr einfach. Kein Land hat das Recht mit militärischen Mitteln sich die Rohstoffe anderer Länder unter den Nagel zu reißen.

Eine wichtige Frage ist, was ist denn nach dem Abzug. Zunächst muss man sich die Frage stellen, was ist bewirkt durch die Präsenz der Truppen? Nachdem, was wir hier gehört haben und was wir täglich aus den Medien, die im Grunde genommen den Truppeneinsatz befürworten, hören, dass die Anschläge zunehmen, und dass immer mehr Menschen ums Leben kommen. Dazu kommt dann die Heroin-Produktion, die auf dem Höchststand ist. Also hat der Einsatz der Truppen nicht das bewirkt, was gesagt worden ist, man wolle das Land befrieden oder näher zu einer Demokratie führen. Und da muss man dann sagen, okay, selbst wenn ich geglaubt habe, dass der Einsatz der Truppen eben zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen würde, muss ich jetzt nach Jahren sagen nein, dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Im Grunde genommen das Gegenteil ist eingetreten. Also ist dieser Weg der falsche. Dann muss ich einen anderen beschreiten und darüber ist ja geredet worden. Verstärkung der zivilen Hilfe im weitesten Sinne. Absprache mit den Nachbarregierungen, und es ist ja immer wieder die Crux, dass man eben die Waffenlieferungen nicht angeht. Die größten "Friedensmächte der Welt" sind ja die größten Waffenlieferanten der Welt. Das heißt, sie verseuchen die Welt mit Krieg. Bei den Waffenlieferungen muss man ja anfangen. Die Taliban sind aufgerüstet worden vom Westen, das weiß doch jeder. Und jetzt ist die Nordallianz aufgerüstet worden vom Westen. Und andere liefern auch noch Waffen. Diejenigen, die vorgeben, sich um den Frieden zu bemühen, sind völlig unglaubwürdig, solange sie permanent die kämpfenden Truppen mit Waffen beliefern. Das ist alles völlig verlogen und unglaubwürdig. Deshalb gibt es wahrscheinlich nur den Weg, den Malalai Joya angesprochen hat: keine Nation, zumindest eine Nation mit dieser Kultur kann durch Besatzungstruppen zum Frieden geführt werden. Sie muss sich selbst einigen auf einen Modus vivendi.

Das heißt, Frieden ist dort nur zu erreichen, wenn man auch die Kriegsparteien an einen Tisch bringt. Das gilt für die Taliban, das gilt für die Nordallianz und das gilt für andere, die dort sind. Es ist nicht anders möglich. Wer also glaubt, man könne Frieden irgendwo erreichen, wenn man die Hauptkonfliktparteien nicht an einen Tisch bringt, der hat aus der Weltgeschichte gar nichts gelernt.

Was dabei herauskommt, weiß man nicht. Wenn man einen neuen Weg beschreitet, weiß man nicht, was einem auf diesem neuen Weg begegnet und wie das Ende aussieht. Aber was wir alle hier gesagt haben ist, der Weg, der bisher beschritten wurde, hat das Gegenteil von dem bewirkt, was vorgegeben wurde. Und selbst wenn ich ein glühender Anhänger gewesen wäre einer solchen Militärintervention, dann müsste ich doch sagen, nein, mein Glaube war falsch und meine Überlegungen waren falsch. Das Gegenteil von dem wird bewirkt, was vorgegeben wurde.

Die Frage des Operierens der US-Streitkräfte von deutschem Boden ist eine uralte Frage, die immer wieder gestellt worden ist in Deutschland. Ich habe schon vor 30 Jahren diese Debatte begonnen in dem ich gesagt habe, wir müssen aus einer militärischen Infrastruktur ausscheiden, die uns unfreiwillig zur Kriegspartei macht. Wir müssen die Flugplätze schließen, von denen aus die Amerikaner operieren, um ihre imperialen Kriege in aller Welt zu führen.

Es war gut, dass wir hier dieses Gespräch geführt haben und ich möchte mich insbesondere bei allen bedanken, die mir Informationen gegeben haben. Denn wir Politiker haben ja ein Problem. Wir können uns auch nur informieren über Medien, über die Presse und was weiß ich. Und ich glaube nicht, dass der Tourismus einzelner Abgeordneter, die mitunter mit kugelsicheren Westen unter Begleitung von Soldaten an bestimmte Orte geführt werden, dass der ein wirkliches Bild vermittelt. Und deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir Stimmen aus Afghanistan selbst hören, von denen wir annehmen dürfen, dass sie nicht befangen sind und nicht in irgendeinem anderen Interesse operieren.

